

Schriftliche Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dennis Gladiator (CDU) vom 01.02.23

Betr.: Schreitet das digitale Zeitalter auch bei Hamburgs Polizei voran? (V)

Einleitung für die Fragen:

In unserer heutigen Arbeitswelt ist die Digitalisierung nicht mehr wegzudenken. Dies gilt auch für die Polizei Hamburg. Seit Langem klagen die Ermittler darüber, dass es in der Praxis erhebliche Probleme gibt, die den Beamten den Arbeitsalltag unnötig erschweren und eine vernünftige Ermittlungsarbeit verhindern. Zu Beginn des letzten Jahres wurde bekannt, dass auf den Computern der Polizei Hamburg noch nicht einmal das aktuelle Windows 10 aufgespielt wurde. In der Antwort auf meine Schriftliche Kleine Anfrage, Drs. 21/19782, gab der Senat an, dass zum Stichtag 21. Januar 2020 8.048 Arbeitsplatzendgeräte mit Windows 7 betrieben wurden, obwohl der Polizei Hamburg das Ablaufdatum des regulären Supports für Windows 7 seit dem 20. Februar 2012 bekannt war.

In der Antwort auf meine Schriftliche Kleine Anfrage, Drs. 22/573, gab der Senat an, alle Rechner der Polizei Hamburg bis zum Jahresende 2020 auf Windows 10 umzustellen. Dieses Ziel wurde verfehlt und kostet den Steuerzahler erneut viel Geld. In der Drs. 22/2750 teilte der Senat mit: „Mit Stand 08. Januar 2021 sind 1.318 Internetrechner sowie 2.937 Arbeitsplatzrechner auf Windows 10 umgestellt. Die Rollout-Phase wird voraussichtlich neun Monate in Anspruch nehmen und am 30. Juni 2021 abgeschlossen sein. Einzelne Rechner werden darüber hinaus aufgrund aufwändiger Softwareanpassungen bis voraussichtlich Ende 2021 unter Windows 7 weiter betrieben werden. (...) Inwieweit und in welchem Umfang für das Jahr 2021 erweiterte Sicherheitsupdates erforderlich werden, ist derzeit noch nicht abschließend geklärt. Derzeit wird von Kosten in Höhe von circa 450.000 Euro ausgegangen.“

In der Antwort auf meine Schriftliche Kleine Anfrage, Drs. 22/4625, teilte der Senat mit, dass mit Stand 20. Mai 2021 936 von insgesamt 7.136 Arbeitsplatzrechnern der Polizei Hamburg noch nicht auf Windows 10 umgestellt seien.

Weiter heißt es dort: „In 2020 sind für ESU-Lizenzen (Extended Security Update) Kosten in Höhe von rund 471.000 Euro und in 2021 in Höhe von rund 412.000 Euro angefallen.“

In der Antwort auf meine Schriftliche Kleine Anfrage, Drs. 22/6230, teilte der Senat mit, dass mit Stand 3. November 2021 noch immer 151 Arbeitsplätze nicht auf Windows 10 umgestellt seien. Ebenfalls waren zu diesem Zeitpunkt noch nicht alle Programme der Polizei auf Windows 10 eingerichtet; diese Umstellung sollte bis zum 31. Dezember 2021 abgeschlossen sein.

Neben der verschleppten Umstellung der Rechner läuft auch die Ausstattung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten mit Smartphones sehr langsam. Dies stellt insbesondere die Ermittler des LKA, die zeitweise im Homeoffice tätig sind, vor weitere Probleme. Wie sollen sie mit ihren privaten Smartphones beispielsweise Kontakt zu Zeugen oder Tatverdächtigen aufnehmen?

Vor diesem Hintergrund frage ich den Senat:

- Frage 1:** *Wurden alle Internetrechner und Arbeitsplatzrechner bei der Polizei Hamburg bis zum 31. Dezember 2021 auf Windows 10 umgestellt?
Falls nein, wie viele aus welchen Gründen nicht und wann erfolgte die Umstellung?*
- Frage 2:** *Welche Kosten sind insgesamt durch den aufgrund der verspäteten Umstellung auf Windows 10 erforderlichen zusätzlichen Support angefallen?*
- Frage 3:** *Wurden, wie in der Drs. 22/6230 angekündigt, alle Programme der Polizei Hamburg auf Windows 10 eingerichtet?*
- Frage 4:** *Falls nein, welche Programme aus welchen Gründen nicht und wann wurde das Problem behoben?*
- Frage 5:** *Ab Herbst 2025 wird Microsoft Windows 10 nicht mehr unterstützen. In der Drs. 22/6230 kündigte der Senat daher im Hinblick auf die Umstellung auf Windows 11 an: „Es ist zu erwarten, dass die Polizei zeitgerecht ein Projekt einrichten wird, das den Umstellungsprozess gemeinsam mit dem städtischen IT-Dienstleister durchführen und hierbei die Erfahrungen nutzen wird, die bei der Umstellung auf Windows 10 gewonnen werden konnten.“ Wurde dieses Projekt eingerichtet?
Falls ja, wann und wie ist der Sachstand?
Falls nein, weshalb noch nicht und wann wird das geschehen?*
- Vorbemerkung:** *In der Drs. 21/17640 teilte der Senat mit: „Um den medienbruchfreien Austausch zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft von Bund und Ländern sowie die Interoperabilität mit den Gerichten zu ermöglichen, soll insbesondere die Schaffung einer Kommunikationsschnittstelle zwischen Justiz und Polizei vorangetrieben werden, sodass die gesetzlichen Anforderungen, bis 2026 eine medienbruchfreie Kommunikation zu schaffen, gemeinsam erfüllt werden können. Der Bund hat sich bereit erklärt, in Abstimmung mit den Ländern eine Konzeption dieser Schnittstelle zu beauftragen und dafür die Kosten zu übernehmen.“ In der Drs. 22/6230 teilte der Senat dazu mit: „Die weitere Entwicklung der Übermittlungslösung wird polizeiseitig durch das Projekt DAPJ im Rahmen des Programms „Polizei 20/20“ vorgenommen. Das Projekt DAPJ befindet sich derzeit in der Bewertungsphase der durchgeführten Teilnehmerinterviews zum Status quo. Ab 2022 soll mit dem Ergebnis eine entsprechende Lösung entwickelt werden.“*
- Frage 6:** *Zu welchem Ergebnis kam das Projekt DAPJ und wie ist der Sachstand zur Entwicklung der Lösung?*
- Frage 7:** *Damit die Beamten Fotos auf der Wache nicht mehr ausdrucken und in die Papierakte heften und/oder diese auf eine CD-ROM brennen müssen, wurde eine App entwickelt. Zu dieser heißt es in der Drs. 22/6230: „Zurzeit befindet sich die App mFoto in der Pilotierung, die eine gesicherte Übertragung von mit dem iPhone gefertigten Fotos in die polizeiliche Infrastruktur gewähren soll.“ Wie ist der aktuelle Sachstand?*
- Vorbemerkung:** *Da die zu speichernden Datenmengen in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen sind, teilte der Senat in der Drs. 22/6230 mit: „Neben der gestiegenen Anzahl der Aufträge ist augenscheinlich auch die Menge der zu sichernden Daten angestiegen. Dies führte zu*

gestiegenen Sicherungszeiten. Um dem zu begegnen, werden in diesem Bereich das Personal und die Laborkapazitäten aufgestockt. Ferner werden die Arbeitsabläufe weiter optimiert und Automatisierungsmöglichkeiten intensiv vorangetrieben.“

- Frage 8:** *Wie hat sich die Personalsituation in diesem Bereich seit dem Jahre 2021 entwickelt? Bitte Stellen-Soll und VZÄ jeweils zum Stichtag 1. Januar angeben.*
- Frage 9:** *Inwiefern und wann erfolgte eine Aufstockung der Laborkapazitäten? Falls keine erfolgte, weshalb nicht und wann soll das geschehen?*
- Frage 10:** *Welche Optimierung der Arbeitsabläufe erfolgte und welche Automatisierungsmöglichkeiten wurden seit November 2021 installiert?*
- Frage 11:** *Über wie viele iPhones und iPads verfügt die Polizei Hamburg insgesamt aktuell? Bitte insgesamt und für die einzelnen Dienststellen angeben.*
- Frage 12:** *Wie hoch ist jeweils aktuell die Quote der Mitarbeiter/innen der Polizei im Bereich Schutzpolizei, Kriminalpolizei und Wasserschutzpolizei, denen ein iPhone beziehungsweise ein iPad überlassen wurde?*
- Frage 13:** *Wie viele weitere iPhones und iPads werden in diesem Jahr an welche Dienststellen ausgegeben?*
- Frage 14:** *Wie wird die Arbeitsfähigkeit der Ermittler/innen des LKA, die sich im Homeoffice befinden und denen noch kein iPhone zur Verfügung gestellt wurde, sichergestellt?*
- Frage 15:** *Sofern diese ihr eigenes Smartphone für Dienstzwecke nutzen, inwiefern erfolgt eine Beteiligung an den Kosten, insbesondere, falls die Nutzer/innen über keine „Flat“ verfügen?*
- Frage 16:** *Sofern diese ihr eigenes Smartphone für Dienstzwecke nutzen, welche Vorgaben gibt es im Hinblick auf die Verwendung, beispielsweise, wenn sie Zeugen oder Tatverdächtige kontaktieren? Falls sie mit unterdrückter Rufnummer anrufen sollen, wie soll dann eine Verifizierung als Polizeibeamter erfolgen?*
- Frage 17:** *Wie viele Mitarbeiter/innen des LKA insgesamt (Beamte und Tarifbeschäftigte) sind mit einem Laptop ausgestattet? Wie viele müssen ihren Desktop-PC samt Zubehör für die Arbeit im Homeoffice mit nach Hause nehmen?*
- Frage 18:** *Verfügen alle Ermittler/innen des LKA über dienstliche Laptops? Falls nein, wie viele (Anzahl und Quote) sind damit ausgerüstet und welche Ausstattung verwenden die übrigen Beamten, wenn sie im Homeoffice sind?*
- Frage 19:** *Welche Vorgaben gibt es beispielsweise im Hinblick auf die IP-Adresse im Rahmen von Ermittlungen im Internet, die die Ermittler/innen vom Homeoffice aus tätigen?*
- Frage 20:** *Wie ist der Sachstand zur sukzessiven Ergänzung um weitere Funktionen der Apps auf den ausgegebenen iPhones? Welche sind installiert, welche weiteren sollen noch in diesem Jahr einsatzfähig sein?*

Vorbemerkung: *Im Koalitionsvertrag (Seite 178) wird auf den möglichen Einsatz von KI bei den Ermittlungsbehörden hingewiesen: „Ebenso setzen wir uns dafür ein, dass die Ermittlungsbehörden sich neuer, innovativer Ansätze bedienen, hierzu zählt auch die Prüfung des Einsatzes von Künstlicher Intelligenz (KI)“. In der Antwort auf meine Schriftliche Kleine Anfrage, Drs. 22/4625, gab der Senat an: „Der Einsatz künstlicher Intelligenz (KI) wird von der Polizei als innovativer Ansatz gesehen und im bundesweiten Austausch mit anderen Ländern aufmerksam verfolgt. KI ist aber nicht unumstritten und nach Stand der Technik bei Weitem nicht immer zufriedenstellend. Das LKA hat erste Versuche mit einer KI-Software zur automatisierten Erkennung kinder- und jugendpornografischer Medien des Landes Niedersachsen durchgeführt. Die Software wird derzeit in Hamburg noch nicht eingesetzt.“ In der Drs. 22/6230 teilte der Senat zum Sachstand mit: „Nein. Die Software wurde bislang nur zu Testzwecken genutzt, da deren Qualität derzeit noch nicht ausreicht, um diese produktiv einzusetzen. Ob und wann dies der Fall sein könnte, ist noch nicht absehbar.“ Mittlerweile ist mehr als ein weiteres Jahr vergangen.*

Frage 21: *Wird die KI-Software zur automatisierten Erkennung kinder- und jugendpornografischer Medien mittlerweile eingesetzt?*

Falls nein, weshalb nicht und (gegebenenfalls wann) soll das geschehen?

Frage 22: *Wird weitere KI-Software erprobt oder eingesetzt?*

Falls ja, in welchem Bereich, seit wann und wie sind die Erfahrungen?

Falls nein, wie sind die Planungen der zuständigen Behörde?